

## **Für eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive – Forderungskatalog des Verbandes Deutscher Privatschulverbände e.V.**

Als Bildungsverband, dessen Mitglieder sowohl im allgemeinbildenden und berufsbildenden Bereich als auch in der beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung tätig sind, fordert der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels, des demographischen Wandels und einem verfestigten Anteil an Langzeitarbeitslosen im SGB II-Bereich, sind Investitionen in Bildung und Qualifizierung eine unverzichtbare volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Ziel muss es sein, das Engagement, die Kreativität und die Selbständigkeit aller Bildungseinrichtungen zu fördern, um das Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungssystem kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Der VDP fordert deshalb die zukünftige Bundesregierung auf,

### **1. im Bereich Allgemeinbildung**

- allen Schulen, unabhängig von ihrer Trägerschaft, eine größtmögliche Freiheit hinsichtlich Pädagogik, Mittelverwendung und Personal zu gewähren. Hierzu müssen für alle Akteure, egal ob staatlich oder nichtstaatlich, vergleichbare rechtliche Rahmenbedingungen gelten.
- sich für faire Wettbewerbsbedingungen im Ersatzschulwesen einzusetzen. Denn damit der Wettbewerb die Qualität von Bildung weiter befördern kann, darf es keine Wettbewerbsvorteile für staatliche Schulen geben.
- sich für eine paritätisch besetzte Schulaufsicht, d.h. mit staatlichen und nichtstaatlichen Vertretern, einzusetzen. Denn dem Staat kommt die wichtige Aufgabe einer neutralen Kontrollinstanz über die Einhaltung der rechtlichen Grundlagen zu.
- den Ausbau von Ganztagschulen weiter voranzutreiben und das Ganztagschulprogramm neu aufzulegen. Ganztagschulen sind ein geeigneter Weg für guten Unterricht und erleichtern gleichzeitig den Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

### **2. im Bereich berufliche Bildung**

- die Vielfalt, Wahlfreiheit und Qualität im Ausbildungssystem zu fördern und zu stärken. Dazu gehören die vollzeitschulischen Berufsausbildungen, für die es keine vergleichbare duale Entsprechung gibt. Hier wird in vielen prognostizierten Mangelberufen ausgebildet, die das duale Berufsbildungssystem nicht abbildet.
- außerbetriebliche Ausbildungsgänge weiterhin als Förderchance für junge Menschen und gleichwertige Alternative zum dualen Ausbildungssystem zu verstehen. Denn Jugendliche benötigen vielfach individuelle sozialpädagogische Betreuung und Förderangebote - also Leistungen, die Betriebe i.d.R. nicht anbieten können. Durch diese Unterstützungsleistungen erreichen viele Aus-

zubildende aber erst ihren Abschluss und haben die Chance auf eine erfolgreiche Erwerbsbiographie.

### **3. im Bereich Qualifizierung und Weiterbildung**

- die massiven Kürzungen des Eingliederungsbudgets der Bundesagentur für Arbeit zu stoppen und die vorhandenen Mittel zielgerichtet für arbeitsmarktpolitische Instrumente einzusetzen.
- arbeitslosen Menschen zielgerichtete Qualifizierungsangebote zu bieten, vor allem abschlussorientierte Qualifizierungen, um sie für den Arbeitsmarkt zielgerichtet zu qualifizieren und den zunehmenden Mismatch zwischen Arbeitslosen und offenen Arbeitsstellen zu verringern.
- die Weiterbildung als vierte Säule im Bildungssystem gesellschaftlich aufzuwerten und die Bedeutung des lebenslangen Lernens zu stärken.
- die Weiterbildungsbeteiligung, vor allem von bildungsbenachteiligten Gruppen, wie Geringqualifizierten, Menschen mit Migrationshintergrund und Älteren, zu erhöhen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern bzw. die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen.

### **4. Sprach- und Integrationskurse**

- die Teilnahme von geduldeten Ausländern und Asylbewerbern zu den Integrationskursen zuzulassen, um Ihnen eine Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen und Ihnen bessere Beschäftigungsperspektiven zu verschaffen.
- die Stundensätze für die Sprach- und Integrationskurse den gestiegenen Kosten anzupassen.

Berlin, 22. Oktober 2013